

# Anlage zur Tagesordnung für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.10.2018

(Stand: 04.10.2018)

Der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses sind keine Vorlagen beigelegt, die in den Fachausschüssen beraten wurden bzw. noch beraten werden. Diese Vorlagen wurden den Ratsmitgliedern mit den Einladungen zu den betreffenden Fachausschusssitzungen übersandt. Die Beratungsergebnisse zu diesen Vorlagen finden Sie im weiteren Verlauf dieser Anlage zur Tagesordnung. Nachträge sind durch eine seitliche Linie gekennzeichnet.

## Ö Öffentlicher Teil

### 11 **Strategische Grundentscheidung Wohnungsbau - Sachstand und weiteres Vorgehen**

#### **Vorlage: 0173/2018**

(Vorlage aus den Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 26.06.2018, des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 27.06.2018, des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 04.07.2018, des Haupt- und Finanzausschusses am 05.07.2018, des Rates am 10.07.2018, des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr am 19.09.2018 sowie des Stadtentwicklungs- und Planungsausschusses am 02.10.2018)

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann hat in der Sitzung am 26.06.2018 einstimmig bei einer Enthaltung aus den Reihen der SPD beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Rat nimmt den Bericht zur Umsetzung seines Beschlusses vom 19.12.2017 zur Kenntnis.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass über die in der Sachdarstellung genannten Grundstücke hinaus im Portfolio des SEB AöR bzw. des Immobilienbetriebs aktuell keine weiteren Grundstücke vorhanden sind, die zum Zwecke einer Wohnbebauung vermarktet werden können.
3. Die Verwaltung wird beauftragt,
  - auf der Grundlage des neuen FNP ein wohnungsbaupolitisches Handlungsprogramm zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen sowie
  - den Erwerb zukünftiger Potentialflächen zu prüfen und dem zuständigen Verwaltungsrat des SEB zur Entscheidung vorzulegen.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 27.06.2018 auf Antrag der CDU mehrheitlich gegen DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL beschlossen, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

Die Vorlage Nr. 0173/2018 – Strategische Grundentscheidung Wohnungsbau – Sachstand und weiteres Vorgehen – wird vertagt.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 04.07.2018 die Vorlage einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt.

Der Haupt- und Finanzausschuss ist in der Sitzung am 05.07.2018 einstimmig der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr an den Rat gefolgt.

Der Rat ist in der Sitzung am 10.07.2018 mehrheitlich gegen die Fraktion DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL bei Enthaltung von Herrn Schütz den Beschlussempfehlungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr sowie des Haupt- und Finanzausschusses gefolgt.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr hat in der Sitzung am 19.09.2018 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages der Vorlage einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Rat nimmt den Bericht zur Umsetzung seines Beschlusses vom 19.12.2017 zur Kenntnis.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages einstimmig, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass über die in der Sachdarstellung genannten Grundstücke hinaus im Portfolio des SEB AÖR bzw. des Immobilienbetriebs aktuell keine weiteren Grundstücke vorhanden sind, die zum Zwecke einer Wohnbebauung vermarktet werden können.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von mitterechts, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

3. Die Verwaltung wird beauftragt,
  - auf der Grundlage des neuen FNP ein wohnungsbaupolitisches Handlungsprogramm zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen sowie
  - den Erwerb zukünftiger Potentialflächen zu prüfen und dem zuständigen Verwaltungsrat des SEB zur Entscheidung vorzulegen.

Sodann beschloss der Ausschuss auf Antrag der CDU-Fraktion mehrheitlich gegen SPD und mitterechts, dem Rat folgende ergänzende Beschlussempfehlung zu geben:

4. Der in der Sachdarstellung ausgewiesene Absatz 2 bb) – Grundstück „Wilhelm-Klein-Straße“ – wird gestrichen.

Für einen Antrag der **FDP**-Fraktion (auf Grund eines Übermittlungsfehlers wurde mit der Einladung zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses fälschlicher Weise mitgeteilt, es handele sich um einen Antrag der SPD-Fraktion), die Beschlussempfehlung um einen weiteren Punkt

5. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob für die auf Grund von Punkt 4. wegfalenden Flächen für den Siedlungsbau eine Ersatzfläche in den Flächennutzungsplan aufgenommen werden kann.

zu ergänzen, stimmten SPD, DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL und FDP. Mit den Gegenstimmen von CDU, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und mitterechts wurde der Antrag der **FDP**-Fraktion mehrheitlich abgelehnt.

Der Stadtentwicklungs- und Planungsausschuss hat in der Sitzung am 02.10.2018 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Der Rat nimmt den Bericht zur Umsetzung seines Beschlusses vom 19.12.2017 zur Kenntnis.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr einstimmig, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass über die in der Sachdarstellung genannten Grundstücke hinaus im Portfolio des SEB AöR bzw. des Immobilienbetriebs aktuell keine weiteren Grundstücke vorhanden sind, die zum Zwecke einer Wohnbebauung vermarktet werden können.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr mehrheitlich gegen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

3. Die Verwaltung wird beauftragt,
  - auf der Grundlage des neuen FNP ein wohnungsbaupolitisches Handlungsprogramm zu erstellen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen sowie
  - den Erwerb zukünftiger Potentialflächen zu prüfen und dem zuständigen Verwaltungsrat des SEB zur Entscheidung vorzulegen.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Infrastruktur und Verkehr mehrheitlich gegen SPD und FDP bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, dem Rat folgende ergänzende Beschlussempfehlung zu geben:

4. Der in der Sachdarstellung ausgewiesene Absatz 2 bb) – Grundstück „Wilhelm-Klein-Straße“ – wird gestrichen.

Gegen einen Antrag SPD-Fraktion, die Beschlussempfehlung um einen weiteren Punkt 5. – Prüfauftrag betreffend eine soziale Nutzung des Grundstückes für eine Kindertagesstätte oder eine Offene Ganztagschule – zu ergänzen, stimmten CDU und Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung von DIE LINKE. mit BÜRGERPARTEI GL, womit der Antrag mehrheitlich abgelehnt wurde.

## 14 Neue Personalkonzeption der Musikschule

### Vorlage: 0338/2018

(Vorlage aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport am 25.09.2018)

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport hat in der Sitzung am 25.09.2018 in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages der Vorlage einstimmig beschlossen, dem Rat folgende Beschlussempfehlung zu geben:

1. Gemäß Antrag der Fraktionen von CDU und SPD und dem Beschluss des Rates vom 19.12.2017 wird das derzeitige Personalkonzept der Musikschule, das sog. „Himmelheber-Konzept“ und somit auch die entsprechende HSK-Maßnahme aufgehoben.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages einstimmig bei Enthaltung der FDP, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu geben:

2. Das Modell „70/30“ wird als zukünftiges Personalkonzept anerkannt und soll schrittweise im Rahmen der gesamtstädtischen finanziellen Möglichkeiten umgesetzt werden. Die Erhöhung der Honorare soll jedoch bereits mit dem Haushalt 2019 umgesetzt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage dieses Modells die zukünftige Personalplanung aufzustellen und dem zuständigen Ausschuss mitzuteilen, wann die Quote erreicht werden kann.

Sodann beschloss der Ausschuss in getrennter Abstimmung über die einzelnen Ziffern des Beschlussvorschlages einstimmig bei Enthaltung der FDP, dem Rat folgende, im Vergleich mit dem Beschlussvorschlag der Vorlage geänderte Beschlussempfehlung zu

geben:

Ziffer 3. des Beschlussvorschlages der Vorlage wird ersatzlos gestrichen.